20. Wahlperiode

Deutscher Bundestag
Sportausschuss

[redacted]

Kurzprotokoll
der 19. Sitzung

Auszug zu TOP 1

Sportausschuss
Berlin, den 12. Oktober 2022, 14:00 Uhr
11011 Berlin
Paul-Löbe-Haus
Sitzungssaal: 4 300

Vorsitz: Frank Ullrich, MdB

Tagesordnung

Eintritt in die Tagesordnung **Seite 6**

Tagesordnungspunkt 1 **Seite 6**

Die Sportstätteninfrastruktur in Deutschland: Status Quo, Perspektiven und Förderung

Selbstbefassung SB 20(5)30

[redacted]

Tagesordnungspunkt 2 **Seite 19**

Gesetzentwurf der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2023 (Haushaltsgesetz 2023)

BT-Drucksache 20/3100

Gutachtliche Stellungnahme zum Haushaltsentwurf der Bundesregierung

Federführend:
Haushaltsausschuss

Gutachtlich:
Ausschuss für Inneres und Heimat
Sportausschuss
Rechtsausschuss
Wirtschaftsausschuss
Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft
Ausschuss für Arbeit und Soziales
Verteidigungsausschuss
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Ausschuss für Gesundheit
Verkehrsausschuss
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz
Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe
Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
Ausschuss für Tourismus
Ausschuss für Kultur und Medien
Ausschuss für Digitales
Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen
Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung

Tagesordnungspunkt 2 **Seite 19**

a) Abschluss Epl. 11 BMAS

b) Abschluss Epl. 15 (BMG)

c) Abschluss Epl. 16 (BMUV)

d) Abschluss Epl. 17 (BMFSFJ)

Tagesordnungspunkt 3 **Seite 28**

Antrag der Abgeordneten Jörn König, Klaus Stöber, Andreas Bleck, Edgar Naujok und der Fraktion der AfD

Sportnation Deutschland – Erhöhung der Vergütung für Bundestrainer

BT-Drucksache 20/2596

Federführend:
Sportausschuss

Mitberatend:
Haushaltsausschuss

[redacted]

Tagesordnungspunkt 4 **Seite 30**

Unterrichtung durch die Bundesregierung

Bericht der Bundesregierung über die Tätigkeit des Europarats im Zeitraum vom 1. Januar bis 31. Dezember 2021

BT-Drucksache 20/3400

Federführend:
Auswärtiger Ausschuss

Mitberatend:
Sportausschuss
Rechtsausschuss
Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe
Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Tagesordnungspunkt 5 **Seite 30**

Verschiedenes

[redacted]

Mitglieder des Ausschusses

	Ordentliche Mitglieder	**Stellvertretende Mitglieder**
SPD	Hostert, Jasmina Lugk, Bettina Poschmann, Sabine Schreider, Christian Ullrich, Frank Wollmann, Dr. Herbert	Gava, Manuel Gerster, Martin Hagl-Kehl, Rita Kreiser, Dunja Schäfer (Bochum), Axel Wiese, Dirk
CDU/CSU	Güntzler, Fritz Lehmann, Jens Mayer (Altötting), Stephan Steiniger, Johannes Stier, Dieter	Auernhammer, Artur Gutting, Olav Jung, Ingmar Monstadt, Dietrich Müller, Florian
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Emmerich, Marcel Krämer, Philip Winklmann, Tina	Menge, Susanne Mijatović, Boris Müller, Sascha
FDP	Hartewig, Philipp Reuther, Bernd	Kuhle, Konstantin Raffelhüschen, Claudia
AfD	König, Jörn Stöber, Klaus	Bleck, Andreas Naujok, Edgar
DIE LINKE.	Hahn, Dr. André	Görke, Christian

[redacted]

Liste Sachverständige

zur Sitzung des Sportausschusses am Mittwoch, 12. Oktober 2022

Eickhoff, Manuel
Geschäftsführer IAKS Deutschland e.V.

Kähler, Prof. Dr. Robin
Vorsitzender IAKS Deutschland e.V.

[redacted]

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Der **Vorsitzende** eröffnet die 19. Sitzung des Sportausschusses und begrüßt alle Anwesenden herzlich. Sitzungsbegleitend stünden dem Ausschuss aus dem Bundesministerium des Innern und für Heimat der Parlamentarische Staatssekretär, Herr Mahmut Özdemir, und der Abteilungsleiter Sport, Herr Dr. Steffen Rülke, sowie weitere Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Sportabteilung zur Verfügung, die er ebenso herzlich begrüße wie die Ressort- und Ländervertreter. Der Tagesordnungspunkt 1 werde öffentlich beraten. Er wolle daher auch die Gäste willkommen heißen, die der Sitzung auf der Besuchertribüne oder auch per Webex folgten. Er rufe Tagesordnungspunkt 1 auf.

Tagesordnungspunkt 1

Die Sportstätteninfrastruktur in Deutschland: Status Quo, Perspektiven und Förderung

Selbstbefassung SB 20(5)30

Der **Vorsitzende** erklärt, die zu diesem Tagesordnungspunkt eingereichten Unterlagen seien an alle Mitglieder verteilt und auf der Homepage des Ausschusses veröffentlicht worden. Er begrüße ganz herzlich für IAKS Deutschland den Vorsitzenden Prof. Dr. Robin Kähler, der digital zugeschaltet sei, und ebenfalls für IAKS Deutschland vor Ort den Geschäftsführer Herrn Manuel Eickhoff. Der Ausschuss habe zu der Sitzung auch die Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände eingeladen. Diese habe dem Ausschuss, vertreten durch den Deutschen Städtetag, mitgeteilt, dass es ihr leider nicht möglich sei, an der Sitzung teilzunehmen. Sie bedauere dies ausdrücklich. Als Ressortvertreter stehe dem Ausschuss neben den Mitarbeitern des BMI heute auch Herr Matthias Metje vom Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen zur Verfügung. Er bitte Prof. Kähler um sein Eingangsstatement und werde anschließend zu den Fragerunden kommen.

Prof. Dr. Robin Kähler (IAKS Deutschland) bedankt sich, dass der Ausschuss dieses Thema auf die Tagesordnung gesetzt habe und für seine Einladung. Die IAKS Deutschland sei die größte Sektion einer weltweit agierenden Vereinigung, die sich um die Sportstätten und Sporträume in der Welt kümmere. Sie vertrete in Deutschland die Interessen vieler Unternehmen, die sich mit Bauplanung, Betrieb, Nutzung, aber auch der Verwertung beschäftigten. Hierzu gehörten aber auch die Architekten, Planer, viele Kommunen, Hochschulen und Sportorganisationen. Sie sei die neutrale Vertretung, ohne Eigeninteressen zu haben und der Satzungszweck sei, sich für gute Sportstätten in Deutschland einzusetzen. Der Ausschuss habe gefragt, wie der Status Quo sei und wie die Perspektiven und Förderungsmöglichkeiten seien. Zuerst müsse man erklären, wofür Sportstätten vorhanden seien und wer sie überhaupt nutze. Er plädiere, und dies sei an sich sein Hauptgedanke, den er dem Ausschuss heute noch einmal mitteilen wolle, dafür, einen völlig neuen Ansatz in der Sportförderung mit in seine Planung einzubeziehen, da sich die Sportstättenförderung nicht allein auf Institutionen oder ganz bestimmte Sportstätten konzentriere, sondern wesentlich stärker die Bedürfnisse der Menschen und der Kommunen unmittelbar einbeziehe. Zunächst wolle er einen Blick auf das Sportverhalten der Menschen lenken. Die Menschen in den Kommunen seien zwar sehr unterschiedlich, aber im weitesten Sinne sehr sportlich aktiv, wobei hauptsächlich die Jugend aktiv sei. Diese halte sich hauptsächlich in den normierten Sportarten auf und sei sehr viel in den Vereinen organisiert, die letztlich ihren eigenen starken Wert in der Jugendarbeit und Jugendförderung habe. Aber zwei Drittel der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland treibe nicht Sport in Sportstätten, sondern im öffentlichen Raum, auch in kommerziellen Einrichtungen. Die sportlichen Aktivitäten der Menschen seien, wenn man sie frage, nach Alter, Geschlecht, Nationalitäten und Gesundheitszustand sehr unterschiedlich. Was die ökonomischen Voraussetzungen betreffe, sei es auch sehr unterschiedlich, was die Menschen machten. Die vier wichtigsten Sportarten, die die Bevölkerung betreibe, seien das Radfahren, Gymnastik, Joggen und das Schwimmen. Je älter die Menschen würden, desto mehr trieben sie sanftere, die Gesundheit stärker ansprechende Sportformen, aber keine Sportarten mehr im engeren Sinne. Je jünger sie seien, desto mehr spielten dann die bekannten, traditionellen Sportarten eine Rolle. Für das heutige Thema bedeute dies, dass letztlich das Thema Sportstätten und Sporträume, die für die Menschen, die sportlich aktiv seien, von eminenter Bedeutung seien, genauso differenziert gesehen werden müsse wie das Sportverhalten sich darstelle. Wenn man den Schulsport hinzunehme, komme

[redacted]

noch etwas Neues hinzu, was allerdings schon seit 20 Jahren Gang und Gäbe sei: Die Bildungspläne der Grundschulen und der Sekundarstufe I, also inklusive Realschule, Hauptschule, Primarstufen, hätten in ihrem Lehrplan für den Sportunterricht keine unmittelbare Unterrichtung von Sportarten, sondern Kompetenzen, soziale Erfahrungsfelder, wobei der Sport dann ein Mittel für die Bildung der Kinder und die Entwicklung ihrer Persönlichkeit sei. Erst in der Sekundarstufe II, und natürlich ganz besonders, wenn es auf das Abitur zugehe, spielten die Sportstätten, so wie die Fachverbände sie als normierte vorschlügen, eine große Rolle. Dies bedeute, Sportstätten für die Schulen seien im Grunde genommen pädagogische Einrichtungen, die für die Lehrenden und für die Schüler Sportunterricht anbieten sollten und noch nicht ganz bestimmte Sportarten brauchten. Dies bedeute für die Sportstätten, auch hier neu zu denken, weil sie nicht ganz bestimmte Vorschriften erfüllen müssten, sondern einen pädagogischen Auftrag. Der dritte Gedanke richte sich an die Freiräume. Da die meisten Menschen in Deutschland nicht in den Sportstätten Sport trieben, sondern außerhalb im öffentlichen Raum, seien letztlich auch die Freiräume zunehmend zu Sportstätten und Sporträumen geworden. Dies bedeute, wenn die Ausschussmitglieder als Vertreter dieses Themas für die ganze Bundesrepublik Deutschland sprächen, sei es notwendig, einen neuen Sportbegriff und einen neuen Sportstättenbegriff aufzunehmen, ihn zu diskutieren und letztlich auch in Förderungsprogramme zu überführen. Perspektivisch müsse man davon ausgehen, dass man zukünftig eine Bevölkerungszunahme habe, ganz besonders aus Menschen anderer Kulturen, die keine Erfahrung im Sportunterricht und in Sportstätten hätten und auch wenig Bezug zu sozialen Integrationen. Dies bedeute, es werde in Zukunft noch wichtiger sein, die Vielfalt der Menschen mit ihren Bedürfnissen nach Bewegung, nach sozialer Integration, auch nach Inklusion und kultureller Begegnung in den Blick zu nehmen und zu schauen, welche Bedeutung hierfür der Sport und damit auch Sportstätten und Sporträume einnehmen könnten. Dies sei die Aufgabe der Zukunft. Hinzu komme noch das aktuelle Thema Energieeinsparungen. Dies betreffe natürlich alle Sporträume. Zur Situation führt er aus, man habe einen sehr starken Sanierungsaufwand und Modernisierungsstau in den Sportstätten. Dies müsse man sehr differenziert sehen. Auf dem Land sei dies anders als in größeren oder kleineren Städten. Hier sei es notwendig, genau hinzuschauen, wie der tatsächliche Bedarf an Sportstätten und Sporträumen sei. Er sei nicht gleich, sondern höchst unterschiedlich. Es sei daher grundsätzlich für ein gesetzgeberisches Handeln und für die Ausschussmitglieder als Vertreter des Volkes für Gesamtdeutschland notwendig, die Bedürfnisse und Bedarfe der Menschen in den Blick zu nehmen und Förderungen auszurichten auf die Bedarfe der Menschen und gleichzeitig der Kommunen, weil die Kommunen genau wüssten, welche Bedarf sie vor dem Hintergrund der eigenen Finanzen und der Möglichkeiten erfüllen könnten und deswegen auch mitentscheiden müssten, welche Sportstätten und Sporträume für sie die richtigen seien. Die Sportförderungsprogramme seien sehr differenziert. Er wolle dem Ausschuss mit auf den Weg geben, sich noch einmal mit dem Investitionspakt Sportstätten zu beschäftigen und diesen noch einmal aufzulegen, weil es nach Kenntnis der IAKS nicht ein Fehlplanungsbereich sei, sondern aufgrund der Corona-, Bau- und Finanzsituation sich dort die Bautätigkeit verändert habe, insofern auch weniger Bauanträge seitens der Kommunen hätten gestellt werden können. Zum Energetischen könne man in der Diskussion noch kommen. Er bitte, in Zukunft zu bedenken, dass die Sportstätten und das Sportverhalten in Deutschland wesentlich differenzierter seien, als sie bisher gesehen worden seien und deswegen auch die Sportstätten- und Sportraumsituation völlig neu gedacht und behandelt werden müsse.

Der **Vorsitzende** dankt für das Eingangsstatement und führt aus, man habe sich auf eine Fragerunde von 26 Minuten verständigt. Bei Fragen an die Bundesregierung werde die Antwortzeit nicht mit angerechnet. Die SPD beginne. Er erteilt das Wort der Abg. Sabine Poschmann.

Abg. **Sabine Poschmann** (SPD) bedankt sich für das Eingangsstatement und erklärt, das Thema Energie sei schwierig für die Sportvereine. Daher sei es gut gewesen, von der Gaspreiskommission zu hören, dass explizit alle von der Gaspreisbremse profitierten, also auch Betreiber von Sportstätten, so dass man dort den Druck etwas rausnehme und es sei gut, dass alle in dem Vorschlag berücksichtigt seien. Heute wolle man die Sportstätten im Mittelpunkt der Betrachtungen sehen und hier sei es wichtig, die Sportstätten-Infrastruktur besonders in

[redacted]

den Blick zu nehmen, aber auch den öffentlichen Raum. Bei den Sportstätten sei es wichtig, dass der Bund auch unterstütze, dies habe er in diesem Jahr mit fast 600 Millionen Euro getan. Hier sei klar und deutlich, dies könne immer nur zusätzlich sein, aber verantwortlich nach der Gesetzeslage seien natürlich die Kommunen und die Länder, von daher müssten diese auch ihren Teil dazu beitragen. Ihre erste Frage gehe an Herrn Metje. Für das SJK-Projekt habe die Antragsfrist im September geendet und sie bitte um Auskunft, ob er eine Zwischenbilanz abgeben könne, weil dies auch eine Implikation sei, wie es nachgefragt sei, ob die Programme und frischen Gelder ankämen und so, wie es ausgelegt sei, die Nachhaltigkeit stärker zu betrachten. Ferner fragt sie, ob es möglich sei, schon zu sehen, ob es bestimmte Bereiche seien, die die Kommunen nachfragten, so dass man auch dort etwas ableiten könne oder ob es sich die Waage halte.

Matthias Metje (BMWSB) erklärt, Ende Juli sei der Projektaufruf gestartet worden. Weil die 476 Millionen, die man für das Programm SJK habe, im Wirtschaftsplan des Klima- und Transformationsfonds veranschlagt seien, habe man ein stärkeres Gewicht auf die Themen der energetischen Anforderungen und den Klimaschutz gelegt. Dementsprechend habe man den Projektaufruf im Gegensatz zu früheren Projektaufrufen weiterentwickelt. Bis 30. September habe man den Kommunen Zeit gegeben, sich in einem Interessenbekundungsverfahren mit Projektskizzen zu bewerben. Es seien 995 Projektskizzen von rund 750 Kommunen eingegangen. Dies bedeute, dass einige Kommunen auch mehrere Anträge gestellt hätten. Das gesamte nachgefragte Fördervolumen betrage rund 2,7 Milliarden Euro. Dies heiße, dass das Programm deutlich überzeichnet sei. Inhaltlich könne er zum jetzigen Zeitpunkt sagen, dass die 995 Skizzen erst einmal ausgewertet werden müssten, dies nehme etwas Zeit in Anspruch. Grob könne man aus bisherigen Erfahrungen, die man aus der Projektauswahl der früheren Förderrunden habe, sagen, dass rund 80 Prozent der Projekte sich im Bereich Sport und Sportstätten bewegten. Man habe auch die Bereiche Jugend und Kultur. Diese seien aber bislang immer eher weniger repräsentiert gewesen und diese Größenordnungen setzten sich jetzt fort. Man sei jetzt ungefähr bei 80 Prozent Anträgen, die den Bereich Sportstätten beträfen, obwohl man durch die energetischen Anforderungen das Portfolio etwas eingeengt habe. Hier müsse man noch die weiteren Auswertungen abwarten. Man könne sehen, dass von diesen 80 Prozent sich ein sehr hoher Anteil in den Bereichen Freibäder und Schwimmhallen bewege, da in dem Projektaufruf auch ein Schwerpunkt auf Schwimmbäder gelegt worden sei.

Abg. **Sabine Poschmann** (SPD) fährt fort, sie habe eine weitere Frage an den Parlamentarischen Staatssekretär. Wenn man betrachte, dass die Haushaltsansätze zum Thema Bauen und Sanieren ins Bauministerium gegangen seien, interessiere sie, inwieweit, wenn man den Bedarf so hoch sehe, eine Abstimmung stattfinde, nicht dass man sage, die einen seien für den Sport zuständig, die anderen für Sanierungen. Hier bedürfe es einer Abstimmung und sie fragt, inwieweit dies erfolge und dem auch Nachdruck verliehen werde.

PStS **Mahmut Özdemir** (BMI) erklärt, natürlich finde eine Abstimmung dahingehen statt. Dem Ausschuss sei bekannt, dass ein eigenes Programm für die Sanierung von Sportstätten im Bereich des Spitzensportes ohnehin im BMI resortiert sei. Man unterstütze das Thema zudem aktiv, indem man Hilfsmittel wie den Digitalen Sportstättenatlas Deutschland und auch die Schätzverfahren zu deutschen Sportstätten und Bäderleben durch das BISp zur Verfügung stelle. Hierzu und zu anderen Fragen stehe man im regelmäßigen Austausch mit dem Bauministerium. Viel wichtiger sei natürlich, dass man dem Sport eine Stimme gebe und mit dem BMG gemeinsam den Bewegungsgipfel am 13. Dezember ausrichten werde. Darüber hinaus wüssten alle Abgeordneten und die Regierung, dass die Programme für die Zuständigkeiten Breitensport/Spitzensport zwischen Ländern und Bund geteilt würden. Gleichwohl sei es allen Länderregierungen, der Bundesregierung, aber auch den Parlamenten vor Ort immer ein großes Bedürfnis, diesen Konnex Breitensport zu Spitzensport zu sehen. So habe er auch mit den Staatssekretären im Bauministerium Kontakt aufgenommen, dass man im BMI dahingehend dem Haushaltsgesetzgeber einen Rahmen schaffen könne, und auch dies wolle er im Bewegungsgipfel, bei dem der Sportstättenbau ebenfalls eine wesentliche Rolle spielen sollte, mitgeben, dass man nur von einer guten Breite auch in die Spitze komme und dass das eine das andere bedinge, so dass man auch dem Haushalts-

[redacted]

gesetzgeber ein organisatorisches Gerüst präsentieren könne zu sagen, dort könne man mit Unterlegen dieser Haushaltsmittel investieren, so dass man zwischen Bund und Ländern zwar in den Zuständigkeiten getrennt, aber im Geiste vereint den Sport insgesamt im Land stützen und fördern könne. Hierauf komme es an. Dieses Gerüst sei ihm besonders wichtig, dass man dem Haushaltsgesetzgeber ein schönes Angebot machen könne.

Abg. **Sabine Poschmann** (SPD) fährt fort, sie habe an Professor Kähler eine Frage zum Thema Sanierungsbedarf. Es habe 2018 eine Schätzung vom DOSB und dem Städtetag gegeben, wie hoch der Sanierungsbedarf sei. Sie fragt, ob es nicht wichtig sei, wenn der Bund oder wer auch immer zusteuere, zu schauen, ob man nicht ein präzises Bild brauche, um zu erkennen, in welchem Zustand die Sportstätten seien, vielleicht auch eine regionale Unterscheidung und ob ihm bekannt sei, ob es regionale Unterscheidungen gebe. Sie fragt weiter, in welchen Sportanlagen nach seiner Auffassung der Bedarf besonders groß sei. Wenn Bund und Länder die Sportstätten bei der Sanierung unterstützten, interessiere sie, ob es nicht tatsächlich notwendig sei, einen übergreifenden Sportentwicklungsplan zu haben.

Prof. Dr. Robin Kähler (IAKS Deutschland) erklärt, der Zustand der Sportstätten sei sehr differenziert zu sehen. Es mache keinen Sinn, hier pauschalisierte Beträge zu nennen. Rein fachlich gesehen müsse man den Einzelfall sehen, und zwar einerseits aus dem Blick, was sinnvoll und bedarfsgerecht sei, was überhaupt saniert werden müsse, was weiterentwickelt werden müsse oder möglicherweise auch gelassen werden könne. Die Haltung der IAKS sei, dass man in Deutschland genug Sportstätten habe. Man habe Probleme, dass die Sanierung in ganz konkreten Sportstätten einfach zu lange dauere. In Untersuchungen habe man festgestellt, dass aus Sicht der Nutzer, der Vereine, der Schulen, manchmal die Sanierungstatbestände geringer seien, so dass er persönlich empfehle, viel schneller kommunale Mängel in den Sportstätten zu reparieren, um letztlich den funktionalen Sportbetrieb aufrechtzuerhalten. Es gebe keinen konkreten Sanierungsbetrag. Es seien Schätzungen, die aufgrund von Erfahrungswerten gemacht und differenziert gesehen werden müssten. Die Bedarfe seien sehr differenziert zu sehen. Man brauche aus seiner Erfahrung keine großen Spezialsportstätten mehr, sondern man brauche wesentlich stärker Sporträume für die Bevölkerung, quartiersnah, orientiert, schulortnah, um die Bildung und die Entwicklung der Gesundheit der Menschen in den Quartieren zu stützen. Zur letzten Frage stimme er zu, dass man einen nationalen Sportentwicklungsplan benötige. Es müsse einer sein, der alle Themen des Sports mit aufgreife, weil Sport heute ein Thema der Verkehrsplanung, der Stadtplanung, der Gesundheitsplanung, der Wirtschaftsplanung, der Sportplanung und der Schul- und Bildungsplanung sei. Es mache nur Sinn, wenn man interministeriell und interdisziplinär einen solchen Plan entwickle. Er bitte sehr darum, auf jeden Fall einen Sportentwicklungsplan zu erstellen. Er sei gern bereit, die Politik mit seiner Institution zu beraten.

Abg. **Sabine Poschmann** (SPD) fährt an Professor Kähler gewandt fort, er habe gerade dargelegt, es sei wichtig, im öffentlichen Raum mehr Angebote zu machen, weil hier viel Sport getrieben werde. Dies habe man zum Teil schon gehabt, beispielsweise Tischtennisplätze, Basketball- oder Bolzplätze, die nicht genutzt worden seien. Er habe gesagt, Sportstätten sollten neu gedacht werden und sie bittet um Auskunft, wie dort der Ansatz sei.

Prof. Dr. Robin Kähler (IAKS Deutschland) führt aus, dass die Sportstätten veraltet seien, liege auch an der Zeit. Sie stünden teilweise 30 oder 40 Jahre. Die Menschen, die Städte und die Kommunen entwickelten sich. Man sollte wesentlich weniger bauen, sondern viel mehr Flächen und Möglichkeiten zur Verfügung stellen. Es sei wichtig, Freiräume bereitzustellen, ganz besonders in verdichteten und zunehmend klimakomplexen und ganz besonders in den größeren Kommunen, um den Menschen Möglichkeiten anzubieten, sich zu bewegen. Offene Parks mit wenigen Bewegungsgelegenheiten seien wichtiger als Vieles hinzustellen und zu merken, dass es an sich schön sei, dass man etwas gemacht habe, aber der Bedarf nicht bestehe, der Ort nicht richtig sei und das, was angeboten werde, nicht das große Bedürfnis finde. Aber die Freiräume sollten ein Teil der Sportstättenentwicklungsplanung sein.

Der **Vorsitzende** erteilt das Wort der Fraktion der CDU/CSU.

Abg. **Stephan Mayer** (CDU/CSU) erklärt, die erste Frage richte sich an die Bundesregierung, und zwar

[redacted]

bezüglich des am Montag veröffentlichten Positionspapiers bezüglich des wirtschaftlichen Abwehrschirms gegen die Folgen des russischen Invasionskrieges. Die Sportvereine fänden in dem sechsseitigen Papier genau einmal Erwähnung, und zwar nur mit dem lapidaren Hinweis, dass sie auch von dem Abwehrschirm profitieren würden. Die Frage, die sich natürlich viele Sportvereinsvorsitzende, viele Abteilungsleiter, aber auch Bürgermeister stellten, sei ganz konkret, wie wann Geld in welcher Höhe komme.

Dr. Steffen Rülke (BMI) erklärt, es sei nichts Schlechtes für die Sportvereine, dass der Sport dort nicht häufiger auftauche, sondern etwas Gutes. So werde sichergestellt, dass wie alle Verbraucherinnen und Verbraucher und Unternehmen auch nicht nur die Sportvereine von den Mittel profitierten, wenn sie in der Struktur eines Sportvereins als eingetragener Verein aufgestellt seien, sondern auch Kommunen, die häufig die Sportstättenbetreiber seien, auch von den Mittel profitierten. Dies gehe jetzt in dem Sinne weiter, wie es die Gaskommission beschrieben habe. Sobald es in Kraft gesetzt werde durch das Kabinett und das zuständige Ministerium, würden die Verbraucherinnen und Verbraucher genauso wie die Sportstätten und Sportvereine profitieren.

Abg. **Stephan Mayer** (CDU/CSU) fragt konkretisierend nach, ob dies heiße, dass die Sportvereine auch damit rechnen könnten, von der vorgesehen Entlastung im Dezember zu profitieren, was die Rückerstattung der Vorauszahlung anbelange.

Dr. Steffen Rülke (BMI) legt dar, davon gehe man von Seiten des BMI aus, aber das zuständige Ministerium werde die finalen Entscheidungen dazu rechtzeitig treffen.

Abg. **Stephan Mayer** (CDU/CSU) führt an Professor Kähler gewandt aus, er sei als Person, aber auch in Vertretung des IAKS berufen, dem Ausschuss Auskunft zu geben und Rede und Antwort zu stehen bezüglich der Situation der Sportstättenstruktur in Deutschland. Er habe sich schon klar geäußert zur Beendigung des Investitionspakts Sportstätten. Er wolle noch einmal nachfragen, was aus seiner Sicht die Folgen sein würden im Hinblick auf die Entscheidung der Bundesregierung, diesen Investitionspakt im kommenden Jahr nicht mehr fortzusetzen. Darüber hinaus kritisiere er auch Mängel am Konzept bzw. der Umsetzung und behaupte auch in seiner Stellungnahme, dass am Bedarf vorbei gefördert worden sei. Er bitte, diese Kritik noch etwas zu präzisieren. Zum Programm Sanierung kommunaler Einrichtungen des Sports, der Jugend und der Kultur merke er kritisch an, dass dabei Eissportflächen, aber auch Sportfreianlagen nicht berücksichtigt würden. Er bitte ihn, zu dieser geäußerten Kritik noch etwas ausführlicher Stellung zu beziehen. Und nachdem er erwähnt habe, dass das IAKS Bestandteil eines weltweiten Netzwerkes sei, sei es auch interessant, von ihm noch mehr darüber zu hören, wie aus seiner Sicht die Sportstättenstruktur in Deutschland sei im Vergleich zu Ländern in Europa, zu Ländern außerhalb Europas und natürlich auch, was Deutschland von anderen Ländern lernen könne. Sie hätten sich vor etwas mehr als einem Jahr auch persönlich darüber ausgetauscht über die Thematik nicht nur des Sanierens von Sportstätten, was natürlich sehr wichtig sei, sondern auch des Neubaus von Sportstätten. Hier seien sie sich darüber einig gewesen, dass Sportstätten in Zukunft nicht irgendwo entstehen sollten, sondern dort entstehen sollten, wo die Menschen seien, also durchaus auch in Innenstädten. Er habe auch auf die Bedeutung des Joggens und der nicht vereinsgebundenen sportlichen Betätigung verwiesen. Er fragt, ob es hier aus seiner Sicht neue Erkenntnisse gebe, was die Integration von Sportstätten in die Kommunen und die Stadtviertel anbelange.

Prof. Dr. Robin Kähler (IAKS Deutschland) erklärt, bezüglich des Investitionspakts Sportstätten sei es natürlich bedauerlich, wenn der Pakt auslaufe und geplante 270 Millionen nicht investiert würden. Dies betreffe hauptsächlich auch die Vereinssportstätten. Man müsse deutlich sagen, dass man die Vereine dringend brauche. Sie seien eine der wenigen sozialen Institutionen in unserer Gesellschaft, die hervorragende Arbeit ganz besonders in der Jugendarbeit leisteten. Die Weiterentwicklung der Vereine hänge wesentlich auch von ihren Sportstätten ab und eine Modernisierung der Sportstätten der Vereine bedeute auch gleichzeitig, die Existenz der Vereine zu sichern. Deswegen sei es enorm wichtig, dort auch gesellschaftspolitisch dieses Thema zu sehen und nicht nur rein fiskalisch-ökonomisch. Er verstehe die Notwendigkeit des Bundes, Geld zu sparen, aber der Vorschlag sei, an den richtigen Stellen zu sparen, aber nicht bei der Jugend und den Vereinen. Zur Frage hinsichtlich SJK, Freiräume und Eissporthallen, könne er

[redacted]

sich persönlich nicht äußern, weil er kein Eissportfachmann sei. Er wisse, dass es eine politische Diskussion sei und auch in der Bevölkerung diskutiert werde. Zur Nutzung könne er sagen, dass die Eissporthallen ganz besonders von Jugendlichen genutzt würden im freien Lauf. Natürlich sei der Eissport national von Bedeutung, aber das sei ein Thema der Nutzung. Es sei aber eine hohe Investition, die letztlich die Kommunen augenblicklich hoch belasteten. Zur Frage des Internationalen gebe es in Europa einen ganz deutlichen Unterschied zwischen den westlichen Industrienationen und der eher östlichen Nationen, die weniger Geld hätten, hinsichtlich der Quantität und Qualität der Sportstätten und des Sportverhaltens. In den westlichen Industrienationen trieben die Menschen hauptsächlich Fitness. Dies hänge mit dem ganzen Komplex des Arbeitens und der Aufgabe zusammen. In östlichen Ländern spiele das Geld und die Gesundheit die große Rolle und dort sei der Sportgedanke lange nicht so ausgeprägt wie bei uns. Dort seien auch ganz schwer Erfahrungen zu übertragen. Jedes Land habe im Grunde genommen eine eigene Ansicht zu seinem eigenen Sport. Insofern sei der Sport in lateinamerikanischen Ländern im Wesentlichen zur Sicherung von sozialen Verhältnissen. In Europa, ganz besonders in Deutschland, gehe es beim Sport darum, die Gesundheit, Fitness und Bildung der Menschen zu fördern. Hier müsse man sehr kulturspezifisch herangehen und dies ansehen und nicht pauschalieren. Beim Thema Verdichtung hätten Großstädte in China, Japan, aber auch in Australien und Amerika schon gezeigt, wie man auf wenig Raum trotzdem Bewegungsräume schaffen könne. Man müsse einfach, was man in Deutschland nicht so gut könne, Normen aufgeben und vom Bedürfnis der Menschen ausgehen. Die Richtung sei, je näher die Sporträume und die Angebote bei den Menschen seien, desto größer sei auch der Anreiz da, dass die Menschen sich bewegten, desto mehr könne man erwarten, dass der Gesundheitseffekt höher sei.

Der **Vorsitzende** dankt für den Beitrag und erteilt das Wort der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Abg. **Philip Krämer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) führt als Vorbemerkung aus, es habe explizit eine Pressemeldung des DOSB gegeben, der die Gaspreisbremse begrüßt habe. Dies zeige, dass auch der organisierte Sport dies erst einmal grundsätzlich positiv sehe. Dies lasse die Politik natürlich nicht aus der Verantwortung, in den nächsten Monaten zu schauen, wo spezielle Härten aufträten und wie man diesen möglicherweise gemeinsam beikommen könne. Ferner sei es zentral, dass man Sport auf allen Ebenen fördere. Man werde versuchen, im Haushaltsverfahren im Rahmen des Sports Einfluss zu nehmen auf die eine Projektlinie. Dies sei eine große Herausforderung insbesondere in diesen wirtschaftlichen Zeiten. Auf der anderen Seite könne man die Länder auch nicht komplett aus der Verantwortung lassen. Hier sei es auch zentral, dass man auf allen Ebenen die Aspekte fördere und umsetze, die wichtig seien. Er komme noch auf die Ebene der Kommunen zu sprechen. Man habe regional einen sehr verschiedenen Bedarf, dies habe Professor Kähler auch angesprochen. Dies bedeute, wenn man eine Region habe, die sich wirtschaftlich gut entwickle, habe man dort auch quantitativ und qualitativ bessere Sportstätten. Gleichzeitig sei es in anderen Regionen so, dass man in einem Radius von 100 bis 150 Kilometern kein Schwimmbad mehr vorfinde, schlicht aus dem Grund, weil dies nicht mehr gefördert oder finanziert werden könne. Er fragt, was Professor Kähler vorschlage, ob man es zentralisieren und schauen müsse, wie man die Bedarfe priorisieren könne, wo der Bedarf am höchsten sei und wie man dies als Politik qualitativ feststellen könne.

Prof. Dr. Robin Kähler (IAKS Deutschland) erklärt zur letzten Frage, dass es natürlich immer eine politische Entscheidung sei, ob eine kommunalpolitische und damit auch eine parteipolitische. Es gebe natürlich die Antwort der interkommunalen Kooperation, zum Beispiel bei Bädern sei dies wichtig. Es sei verständlich, dass Kommunen, die eng zusammen seien, ein eigenes Bad wollten, weil dies einfach nur Effekt sei bezogen auf die Politik, aber auf die Bürger letztlich auch. Wirtschaftlich sei dies für die Zukunft nicht mehr die richtige Lösung. Da müsse man schauen, ob durch interkommunale Kooperationen auch Mittel eingespart werden könnten. Er glaube, dass man mit dem, was das Bundesinstitut für Sportwissenschaften gerade in seiner Bedarfsanalyse mache, weiterkomme. Er denke, dass in zwei oder drei Jahren darauf die Antworten schon konkreter seien. Zu den kommunalen und regionalen Unterschieden müsse man noch wesentlich differenzierter reingehen. Es gebe in einer Stadt auch große Unterschiede. Man habe in Großstädten sehr große Stadtteile, die sehr segregiert seien, wo Menschen wohnten, die wenig

[redacted]

Geld hätten und in beengten Wohnverhältnissen lebten. Hier sei die Qualität der Freiräume und der Sporträume ungleich schlechter als in den Räumen, in denen der Bodenrichtwert wesentlich höher und das Angebot an Sportvereinen dichter sei. Man habe auch regionale Unterschiede. Dies hänge mit der historischen Entwicklung zusammen. Seine Empfehlung sei aufgrund seiner Arbeit als Sportentwicklungsplaner, die Kommunen bei der Entscheidung von der Vergabe von Mitteln einzubeziehen, weil sie die konkrete Situation kennten. Natürlich würden die Vereine und die Sportverbände immer auch mit einbezogen, aber letztlich müsse die Entscheidung bei den Kommunen liegen. Erst müsse geprüft werden, wie der tatsächliche Bedarf sei. IAKS habe auch schon mit Herrn Metje darüber gesprochen und angeregt, noch feinere Kriterien bei der Vergabe der Mittel zu diskutieren und anzuwenden. Er verstehe aber, dass manchmal politische Vorgaben dort auch hinderten, Kriterien nicht zu eng zu fassen, weil man natürlich auch ganz bestimmte Ergebnisse, bezogen vielleicht auf Wahlkreise, erreichen wolle. Aber als Fachmann könne er nur sagen, es mache mehr Sinn, den Bedarf zu decken als die Mittel einfach so wegzugeben. Die Gaspreisbremse begrüße IAKS sehr. Er bitte aber, daran zu denken, dass die Einsparungseffekte auch da seien. Man habe dort glücklicherweise auch nur 80 Prozent Unterstützung, aber 20 Prozent anreize. Dies finde man auch sehr gut. Es gebe Einsparungen. Bewegung habe etwas mit Energie zu tun. Wenn die Kinder und Schulen sich mehr bewegten und man dort mehr Intensität habe, brauchte man auch nicht so viel Wärme zu investieren. Der Förderung auf allen Ebenen stimme IAKS selbstverständlich zu.

Der **Vorsitzende** dankt für den Beitrag und erteilt das Wort der Fraktion der AfD.

Abg. **Andreas Bleck** (AfD) merkt zunächst an, die Gaspreisbremse lindere die Symptome, ändere aber nichts an den Ursachen. Man solle sich dringend darüber Gedanken machen, wie man die Ursachen behebe, sonst werde man irgendwann über die Gaspreisbremse 2.0 oder 3.0 sprechen. Am 30. September habe die Einreichungsfrist zum Projektaufruf 2022 des Bundesprogramms Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur geendet. Es hätten fast 750 Kommunen daran teilgenommen, die auch etwa 1 000 Projektskizzen eingereicht hätten. Hier gehe es um die Interessen an einer Förderung. Die beantragte Fördersumme belaufe sich wohl auf 2,7 Milliarden Euro, es stünden aber nur 476 Millionen zur Verfügung. Er fragt Herrn Metje, wie hoch der Anteil der Interessensbekundungen sei, bei dem es um Schwimmstätten gehe. Weiter interessiere ihn, nach welchen Kriterien die Aufforderung folge, dann auch den Zuwendungsantrag zu stellen, weil Interessensbekundung sei das eine, aber es müsse auch der Zuwendungsantrag gestellt werden. Dann sei die Frage, ob mit der Aufforderung, einen Zuwendungsantrag zu stellen, auch gleichzeitig eine Garantie einhergehe, dass man die Förderung erhalte oder ob dies dann noch einmal ein weiterer Schritt sei. Ferner interessiere ihn, wie lange es dann dauere von Einreichung der Projektskizze und Beantragung der Zuwendung zur tatsächlichen Bewilligung.

Matthias Metje (BMWSB) erklärt, die Zahlen seien korrekt wiedergegeben. Man habe bisher noch nicht die exakte Analyse aller Typen von Sportstätten, die beantragt worden seien. Aber man habe grob 80 Prozent Sportstätten und wie man dies bislang sehe, sei dort auch ein hoher Anteil an Schwimmstätten, also Schwimmhallen und Freibäder, dabei. Dies dürfte wahrscheinlich etwas weniger als die Hälfte der Anträge sein, die sich auf Sportstätten bezögen, also schon ein relativ hoher Anteil. Man habe dies im Projektaufruf auch so ausgeführt, dass dort ein Schwerpunkt liegen solle. Zur Frage, wie es mit dem Auswahlprozess weitergehe, führt er aus, dass dies ein Parlamentsprogramm sei, bei dem die Projektauswahl durch den Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages erfolge. Die dann ausgewählten Projekte erhielten eine entsprechende Aufforderung, dann auch einen Zuwendungsantrag zu stellen. Dieser Antrag unterliege den normalen Regelungen von § 440 Bundeshaushaltsordnung, die einzuhalten seien. Mit der Umsetzung habe man das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, das BBSR, beauftragt, das sich in diesem Bereich neu aufstelle. Dies sei auch ein Wunsch des Haushaltsausschusses gewesen, dass man dies nicht an einen dritten Projektträger vergebe, sondern dies durch eine eigene Behörde mache. Das BBSR sei auch bestrebt, sehr schnell die Kommunen, die ausgewählt worden seien, in die Umsetzung zu bringen. Man habe auch schon im Projektaufruf festgelegt, dass innerhalb weniger Monate ein Antrag gestellt werden müsse.

[redacted]

Man sei sehr zuversichtlich, dass es dann auch gelinge, schnell das Geld „auf die Straße“ zu bringen.

Der **Vorsitzende** erteilt das Wort der Fraktion der FDP.

Abg. **Bernd Reuther** (FDP) betont, man erlebe steigende und nahezu explodierende Baukosten überall. In seiner Heimatstadt werde gerade ein neues Schwimmbad gebaut, dort gingen die Kostensteigerungen durch die Decke und er höre vielerorts von Investitionszurückhaltungen, was Sanierung oder gerade auch Neubau von Sportstätten angehe. Er fragt Professor Kähler, ob er diesbezüglich eine Übersicht habe. Vielleicht könne auch die Bundesregierung noch ergänzend beitragen.

Matthias Metje (BMWSB) erklärt, an sein Ministerium werde immer wieder herangetragen, dass in den Projekten, die man fördere, auch Kostensteigerungen entstünden. Man sei natürlich gebunden an die Förderhöhen, die einmal beschlossen worden seien, dies führe immer wieder zu Problemen. Dies sei für das BMWSK jedoch noch kein flächendeckendes Phänomen, sondern es gelinge den Kommunen meist, durch eigene Anstrengungen oder Anwerbung von Drittmitteln die Projekte letztendlich zu stemmen. Man merke es auf der anderen Seite natürlich auch dadurch, dass sich die Mittelabflüsse etwas verzögerten und man teilweise nicht ganz so schnell die Mittel verausgabt bekomme. Aber ein flächendeckendes Phänomen sei es bei den Förderprogrammen des BMWSB noch nicht.

Prof. Dr. Robin Kähler (IAKS Deutschland) erklärt, natürlich verwiesen die steigenden Baukosten auf ein grundsätzliches Problem des Baus. Man baue in Deutschland auch bei Sportstätten wesentlich zu aufwendig und zu teuer. Er glaube, dass man einfacher bauen könnte und sollte, so dass man nicht unbedingt den Blick auf die Baukostensteigerung, sondern auf die Einsparung von Kosten richte, um das Geld wiederum dann anderen Sportstätten wieder zu Gute kommen zu lassen. Man solle auch darüber nachdenken, hier neue Ansätze zu fahren. Wesentlich wichtiger seien jedoch die Energiekosten. Karbonfrei zu bauen sei in Deutschland noch ein Problem. Nach seiner Kenntnis gebe es erst zwei Sportstätten in Deutschland, die energieneutral und karboneffizient gebaut seien. In der Schweiz sei man schon wesentlich weiter. Dort gebe es auch Zertifizierungen für Null-Energiebauten. Dort müsse man in Deutschland wesentlich weiter kommen, um nicht nur auf die Baukosten zu schauen, sondern auf das nachhaltige, kostengünstige und energieneutrale Bauen zu achten. Zum Thema Investitionszurückhaltung wisse man aus Kommunen, dass besonders Neuplanungen, die noch nicht durch den Rat gegangen seien, sondern die vielleicht im Sinne der Stadtentwicklungsplanung und kommunalen Planung wichtig seien, erst einmal aufgeschoben worden seien. Dies treffe natürlich die Vereinsentwicklung genauso wie die Sanierungsmodernisierungsfragen der kommunalen Sportstätten, also den Schulsport. Dies müsse man mit bedenken und beachten. Aber diese Kenntnis werde man nur über die Länder und ganz konkret in den Kommunen noch einmal in Erfahrung bringen müssen. Das IAKS Deutschland erstelle jedes Vierteljahr ein Wirtschaftsbarometer und stelle auch diese Frage. Schon im letzten Jahr seit Corona habe man dieses Thema erkannt. Hierauf bitte er die Politik einen Blick zu halten.

Abg. **Bernd Reuther** (FDP) fährt fort, Professor Kähler habe die Einfachheit angesprochen, aber auch Bürokratie und lange Planungsläufe bei der Errichtung von Sportstätten. Er fragt, welche Möglichkeiten er zur Beschleunigung sehe.

Prof. Dr. Robin Kähler (IAKS Deutschland) erläutert, es sei wichtig, im Baugesetz auf Beschleunigung zu achten und die Verfahren zu verkürzen. Man wundere sich, dass manche Anträge, ganz besonders für Jugendliche, wenn sie für Freiräume gestellt würden, nicht mehr genutzt würden, weil sie erst fertiggestellt seien, wenn sie 25 Jahre alt und inzwischen erwachsen geworden seien. Dies sei die Praxis.

Der **Vorsitzende** erteilt das Wort der Fraktion DIE LINKE.

Abg. **Dr. André Hahn** (DIE LINKE.) führt aus, er wolle auch, wie bereits mehrfach angesprochen, zur Gaspreisbremse einen Punkt anführen. Selbst wenn man dies deckle sei es bei zwölf Cent immer noch mehr als eine Verdoppelung des Preises auch für die Sportvereine und Sportstätten, dies müsse man unterm Strich festhalten. Seine Fraktion habe im Sommer 16 Kleine Anfragen gestellt und eine Übersicht über die Sportstätten in den 16 Bundesländern und deren Förderung durch den Bund erbeten. Die Antworten hätten gezeigt, dass das derzeitige Wissen über die Sportstätten sehr lüc-

[redacted]

kenhaft sei und völlig inakzeptabel sei das Nichtwissen der Bundesregierung zur Barrierefreiheit der Sportstätten gewesen und auch die Zuwendungen des Bundes seien nicht immer nachvollziehbar. Es scheine nicht nur um den fachlichen Bedarf bei der Vergabe gegangen zu sein. Er fragt die Bundesregierung, ob sie seinen Eindruck teile mit Blick auf die 16 Kleinen Anfragen, dass die Förderprogramme sehr unterschiedlich durch die einzelnen Bundesländer in Anspruch genommen worden seien und nach welchen Kriterien diese Zuwendungen ausgereicht worden seien und wie sie die überproportionale, unübersehbare Vergabe von Bundesmitteln für Sportstätten in Bayern sehe. Ob dies vielleicht etwas mit dem Parteibuch der früheren Spitze des BMI zu tun habe.

PStS **Mahmut Özdemir** (BMI) erwidert, die angesprochene Barrierefreiheit sei ein Stück weit ein Thema von Landesbauordnungen. Auch die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention im Rang eines Bundesgesetzes finde sich in den Landesbauordnungen wieder. Hier sei ihm bekannt, dass bei Sanierungen und Neubauten regelmäßig aufgrund landesrechtlicher Zuständigkeiten dem Bedarf Sorge getragen werde. Hierzu könne der anwesende Vertreter des BMAS vielleicht noch Informationen zur Verfügung stellen. Was den Abruf von Länderfördermitteln anbelange, sei das BMI, wenn es um die Förderung von Einrichtungen von Sport, Jugend und Kultur und damit auch um die Förderung von Breitensport gehe, mit den Ländern gemeinsam in der Verantwortung und dahingehend sei zu berücksichtigen, dass der Bund bzw. der Bundeshaushaltsgesetzgeber entsprechende Förderprogramme beschließe und die Konkretisierung dem zuständigen Bauministerium obliege mit den Förderaufrufen und Förderungen. Das BMI reiche nichts an die Länder aus, sondern es würden konkrete Projekte benannt, die sich durch die Kommunen, vermittels der Länder, auf die Projektförderungen bezögen. Insofern könne Herr Metje weitere Informationen geben.

Matthias Metje (BMWSB) erklärt, es gebe aktuell die zwei Förderprogramme, die benannt worden seien, den Investitionspakt Sportstätten und die Sanierung kommunaler Einrichtungen im Bereich Sport, Jugend und Kultur. Beim Investitionspakt Sportstätten handle es sich um Finanzhilfen an die Länder nach Art. 104b Grundgesetz. Diese würden nach einer jährlichen Verwaltungsvereinbarung ausgereicht, die von allen Ländern unterschrieben, gegengezeichnet und vorher verhandelt werde. Hier gebe es einen bestimmten Verteilerschlüssel, der sich an Bevölkerungszahl, Arbeitslosenzahl, Anteil ausländischer Bevölkerung etc. orientiere. Daran orientiere sich dann auch die Förderung, so dass es letztendlich hier um einen Schlüssel gehe, der von allen Ländern so akzeptiert worden sei. Entsprechend teilten sich die Mittel nach dem benannten Schlüssel auf. Bei SJK werde durch den Haushaltsgesetzgeber entschieden, aber nach Kenntnis des BMWSB teile sich dies grundsätzlich auch auf alle Bundesländer auf, die entsprechend berücksichtigt würden.

Abg. **Dr. André Hahn** (DIE LINKE.) fährt fort, die Frage nach dem Parteibuch sei nicht beantwortet worden, aber man werde zum Ende der Wahlperiode Fragen stellen, wie es in Nordrhein-Westfalen aussehe. Er fragt die Bundesregierung weiter, auf welche Weise sie das Ziel umsetzen und erreichen wolle, den Sanierungsstau bei Sportstätten im Zusammenwirken mit Ländern und Kommunen zeitnah und nachhaltig abzubauen und welche Überlegungen es gebe, dass die Sportvereine bei der Sanierung vereinseigener Sportstätten stärker unterstützt würden.

Matthias Metje (BMWSB) legt dar, man habe in diesem Jahr insgesamt knapp 600 Millionen, die man für die Sanierung von Sportstätten für den Vereins- und Breitensport bereitstelle über die beiden genannten Programme, dies seien 110 Millionen im Investitionspakt und 476 Millionen im Programm SJK. Dies seien über eine halbe Milliarden Euro. Wenn man hier noch die Eigenmittel hinzurechne, sei man bei sehr großen Summen. Er denke, dass hier durch die Bundesregierung viel Geld in die Hand genommen werde, um dem zu begegnen. Man sei gerade im parlamentarischen Verfahren zum Haushalt 2023. Hier sei es Sache des Haushaltsgesetzgebers, über weitere Mittelausstattungen zu entscheiden. In beiden Programmen sei es so, dass Mittelempfänger in erster Linie die Kommunen seien, aber es sei zugelassen und im Projektaufruf zur Sanierung kommunaler Einrichtungen ausdrücklich benannt, dass eine Weiterleitung nach den entsprechenden zuwendungsrechtlichen Vorschriften an Vereine möglich sei. Dies werde auch durchaus praktiziert.

Abg. **Dr. André Hahn** (DIE LINKE.) fragt nach, wo im Haushaltsentwurf er Geld für den Wiederaufbau

[redacted]

der Bob- und Rennrodelbahn in Königssee finde. Ob dies irgendwo hinterlegt sei oder ob es Überlegungen gebe, darauf komplett oder wenigstens teilweise zu verzichten.

Matthias Metje (BMWSB) erwidert, hierzu habe er kein exaktes Wissen, weil dies nicht in seiner Zuständigkeit liege. Nach seiner Kenntnis laufe dies aus den Wiederaufbaumitteln, die für die vom Hochwasser betroffenen Regionen aufgelegt worden seien.

Abg. **Dr. André Hahn** (DIE LINKE.) fährt fort, er habe abschließend noch an Professor Kähler die Frage, welche Kenntnisse er zur Barrierefreiheit habe und ob man nicht gewährleisten sollte, dass grundsätzlich bei jeder Sanierung beide Punkte, also energetische Sanierung und Barrierefreiheit, angegangen würden.

Prof. Dr. Robin Kähler (IAKS Deutschland) erklärt, dem stimme er eindeutig zu. Er bedauere sehr, dass das Thema Barrierefreiheit und damit letztlich Inklusion aller Menschen an der Teilhabe des Sports viel zu kurz komme. Die meisten Mittel würden an die sportaktiven Menschen gegeben und diejenigen, die Barrieren hätten, seien es gesundheitliche oder andere Gründe, hierzu zählten auch Frauen, Kinder und ältere Menschen, würden zu wenig beachtet. Hier müsse wesentlich mehr getan werden, wenn man alle Menschen an den Sport heranbringen wolle.

Der **Vorsitzende** bedankt sich für die erste Fragerunde und erklärt, es gebe die Möglichkeit einer zweiten Fragerunde, in der jeder Fraktion drei Minuten zur Verfügung stünden. Er erteilt das Wort der SPD-Fraktion.

Abg. **Sabine Poschmann** (SPD) führt aus, Professor Kähler habe mehr Freiräume und weniger Bauen angesprochen. Sie fragt, ob man wissenschaftlich sagen könne, dass die Vereine vielleicht mehr in den Hintergrund rückten und das selber Sport betreiben im Freien sich weiter in diese Richtung entwickeln werde. Auch habe er gesagt, der Bedarf müsse mehr gefördert werden, auch beim sozialen Bedarf sei anzusetzen. Hier gebe es im Städtebau bei diesem Thema einen besonderen Erneuerungsbedarf. Sie fragt, ob er sich vorstellen könne, dass es eher in die Richtung gehe, eine soziale Komponente bei der Förderung einzubauen.

Prof. Dr. Robin Kähler (IAKS Deutschland) erklärt, nach Kenntnis des IAKS gehe sogar ein Viertel der Mitglieder in Vereinen bereits in den öffentlichen Raum und bis zu 75 Prozent der Schulen gingen mit ihrem Sportunterricht auch in den öffentlichen Raum, auch manchmal mangels guter Sportstätten. Es gehe daher darum, dass man den öffentlichen Raum wesentlich stärker in den Blick nehme, gerade um letztlich Bewegungsräume zu schaffen, es gehe um die Sicherung von Räumen, weil unter dem Druck der Verdichtung und der Wohnungsbebauung und Wirtschaftsflächen momentan ein sehr großer Angriff auf die noch übrigen Flächen stattfinde. Zur zweiten Frage müsse man auf jeden Fall mehr beim sozialen Bedarf ansetzen. Er habe bereits auf die segregierten Stadtteile hingewiesen und die sozialen Unterschiede seien groß. Wenn es um die Herstellung gleicher Verhältnisse der Menschen gehe, treffe dies auch auf den Sport zu. Dort müsse man einen wesentlich stärkeren Blick auf die Menschen richten, die keine Möglichkeiten hätten, ob ökonomisch, aber auch aufgrund gesundheitlicher Grenzen, aber den Wunsch hätten. Dies treffe auch die Vereine. Auch Vereine sollten sich in Zukunft durchaus mehr öffnen. Viele Großvereine täten dies, aber manche Vereine täten sich noch schwer, die Bevölkerung noch stärker anzuregen und anzusprechen, weil geglaubt werde, diese müssten zu ihnen kommen. Die Menschen dächten genau umgekehrt heutzutage. Die Angebote müssten zu ihnen kommen. Dies könne man ihnen nicht vorwerfen, dies sei das Ergebnis einer langjährigen Kultur.

Der **Vorsitzende** erteilt das Wort der Fraktion der CDU/CSU.

Abg. **Dieter Stier** (CDU/CSU) führt aus, die Bundesregierung habe vorhin ausgeführt, dass aus dem Programm die Mittel vorrangig an Kommunen ausgegeben würden, aber durchaus an Vereine durchgereicht werden könnten. Er fragt, ob auch die Möglichkeit bestehe, dass Vereine, die Eigentümer von Sportstätten seien, direkt Antragsteller sein können. Als zweites habe die Bundesregierung auch das beantragte Fördervolumen und den Finanzbedarf gekennzeichnet und gesagt, dass das Programm maßlos überzeichnet sei. Ihn interessiere, ob die Bundesregierung damit auch ein Handlungsdefizit oder einen Zielkonflikt erkenne, wenn man sage, man mache einerseits gemeinsame Veranstaltungen, dass man die Sportförderungen brauche, andererseits aber merke, dass dort zu

[redacted]

wenig Finanzbedarf vorhanden sei. Wie dieser Zielkonflikt durch die Bundesregierung beurteilt werde.

PStS **Mahmut Özdemir** (BMI) erklärt, der Koalitionsvertrag habe in seiner Formulierung ganz klar davon gesprochen, dass man die Investitionen in die Sportstätten von Kommunen und Vereinen stärken wolle und in diesem Geiste werde man auch die weitere politische und sportpolitische Ausrichtung betreiben. Zum Investitionsstau kenne man im Ausschuss schon aus der vergangenen Wahlperiode, wie hoch dieser sei. Je nachdem, welcher Institution man Glauben schenke, bewege man sich hier zwischen fünf und 20 Milliarden. Vor dem Hintergrund sei es so, dass es eine haushaltspolitische Entscheidung sei. Das BMI stehe auf Arbeitsebene täglich in Kontakt mit dem BMWK und platziere die Interesse und die Belange des Sportes, gerade in Bezug auf die Gaspreisbremse. Ihm sei aus der heutigen Rücksprache bekannt, dass man noch einmal dringend für die Interessen der Sportvereine, ob das vereinseigene oder kommunale Anlagen seien, dies mache am Ende des Tages keinen Unterschied, eintreten müsse. Er wolle aber auch kenntlich machen, dass es jenseits haushaltspolitischer Entscheidungen und Haushaltsmittel natürlich weder für den Bund noch für die Länder eine gemeinsame Förderkulisse geben könne entsprechend dem Sanierungsstau, den hier allen miteinander bekannt sei und wo auch der Konsens bestehe, dass man diesen Stau gemeinsam abbauen wolle, in den vergangenen Jahren durch gute haushaltspolitische Entscheidungen regelmäßig Programme aufgelegt habe, die nicht originär der Zuständigkeit des Bundes entsprochen hätten, jedoch dringend notwendig gewesen seien. Man sei zwar in den Zuständigkeiten getrennt, aber im Geiste vereint. Wenn man diesen Ansatz weiter vorantreibe und es vom Haushaltsausschuss auch die entsprechenden Mittel gebe, werde man natürlich auch dafür Sorge tragen, mit dem Sportministerium, dem Bauministerium, dem BMFSFJ weitere Projekte aufzulegen und diesen Sanierungsstau alsbald vom Schwimmen übers Turnen bis hin zu allen Sportarten in der Breite aufzulösen.

Matthias Metje (BMWSB) ergänzt hinsichtlich der zweiten Frage, Antragsteller seien im Projektaufruf tatsächlich die Kommunen, aber eine Weiterleitung sei möglich. Dies heiße, der Verein könne nicht unmittelbar einen Antrag beim BMWSB stellen, sondern er müsse dies vermittelnd über die Kommune tun.

PStS **Mahmut Özdemir** (BMI) ergänzt, dies werde vermittelnd über die Kommunen getan, weil man in jeder Kommune oder in einem Landkreis Institutionen habe, die etwas auf die Balance achteten. Man habe im ländlichen Raum eine andere Struktur. Daher erfolge die Vermittlung durch die Kommune, um vor Ort eine demokratische Steuerungswirkung über die jeweilige Kommune zu haben.

Der **Vorsitzende** erteilt das Wort der Fraktion der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Abg. **Philip Krämer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) erklärt, er finde dies richtig. Gerade in der Kommune sei es bei der Entscheidung politisch wichtig zu schauen, dass nicht nur die reichen Vereine die Zuschüsse bekämen, sondern dass man dies steuern könne. Dies finde er sinnvoll, zumal man dann in den jeweiligen Quartieren schauen könne, wie die Fördernotwendigkeiten seien. In Bezug auf städtebauliche Baumaßnahmen, insbesondere den verdichteten urbanen Raum habe er eine Frage an Professor Kähler. Er teile die Auffassung, dass es wichtig sei, dass man quartiersbezogene Freiflächen schaffe oder Flächen, an denen Sport getrieben werden könne. Bei einer gewachsenen städtebaulichen Struktur sei dies nicht so trivial und er fragt, was er hier vorschlage. Er könne sich vorstellen, dass beispielsweise Fahrradwege ein Anfang sein könnten, weil man diese für verschiedene Dinge nutzen könne. Ferner interessiere ihn, ob er sehe, dass Reha- und Gesundheitssport ausreichend in die Sportstätteninfrastruktur mit integriert werde. Insbesondere bei einer alternden Gesellschaft sei dies etwas, was man für die Zukunft in den Blick nehmen sollte.

Prof. Dr. Robin Kähler (IAKS Deutschland) erklärt, er spreche etwas Grundsätzliches an. Er sei auch der Auffassung, dass es, um die Menschen gesund zu halten, um Bewegungsräume gehe. Es müssten nicht ganz bestimmte Räume sein, die immer nur eine ganz bestimmte Bedeutung hätten, also bestimmte Sportstätten. Wenn eine Stadt so gebaut werde, dass Kinder sich angeregt fühlten, sich zu bewegen oder die Verkehrsradwege so seien, dass mehr Radfahrer sie nutzten oder mehr Laufwege oder Naturräume entstünden und kleine Grünflächen erhalten blieben, trage man einen wesentlichen Beitrag dazu bei, dass die Menschen sich

[redacted]

anregten, sich mehr zu bewegen. Dies bedeute gleichzeitig, dass sie mehr für ihre Gesundheit täten, als wenn man all dies nicht hätte und nur ganz besondere Sportstätten oder Sporträume baue. Es müsse, und dies stehe seines Wissens auch im Koalitionsvertrag, die Sportstätten- und Sportraumentwicklungsplanung viel stärker gesamtstädtisch gesehen werden und als integrierte Stadtentwicklungsplanung betrachtet werden und nicht als solitäre Objektplanung eines ganz bestimmten Themas. Dafür plädiere er sehr aufgrund eigener Erfahrung und auch IAKS Deutschland vertrete den Ansatz, weil man die Praxis sehr gut kenne und keine Interessen ganz bestimmter Nutzergruppen vertrete. Mit Reha- und Gesundheitssport spreche er auch ein grundsätzliches Thema an. Nach der Analyse der Bevölkerung während der Corona-Pandemie habe man feststellen müssen, dass ein Großteil der Bevölkerung sich nicht gesund halte und nicht gesund esse im weiteren Sinne. Insofern habe man, wenn man sich ehrlich dieses Thema anschaue, ein Problem einer alternden und auch relativ sich im Laufe des Alters immer ungesunder verhaltenden Gesellschaft. Der Höhepunkt sei bei 30 Jahren und dann baue sich die Quantität und Qualität beim Menschen ab. Man müsse ganz viel dafür tun, dass man dieses Kapital der guten Gesundheit erhalte. Daher sollte man das Thema Bewegungsräume und Sportstätten wesentlich mehr unter dem Aspekt der Gesundheit sehen. Und Reha sei natürlich ein ganz besonderer Teil. Dieser sei aber nach seiner Kenntnis gut versorgt. Auch viele Großvereine kümmerten sich sehr darum. Hierzu könne er als Nichtmediziner nicht viel sagen. Aber das Thema Gesundheit sei schon ein sehr wichtiges und zentrales gesundheitliches und damit verfassungsrechtliches Thema.

Der **Vorsitzende** erteilt das Wort der Fraktion der AfD.

Abg. **Andreas Bleck** (AfD) führt aus, er wolle noch einmal auf den Projektaufruf zu sprechen kommen. Am 28. Juli 2022 sei dieser veröffentlicht worden. Der Onlinezugang sei ab Mitte August möglich gewesen und habe zum 30. September geendet. Vielerorts sei kritisiert worden, dass insbesondere kleine Kommunen mit wenig Personal Schwierigkeiten hätten, Projektskizzen einzureichen. Ihn interessiere, ob das zuständige BMWSB Erkenntnisse habe, wie viele Kommunen davon betroffen gewesen seien, also wie viele Kommunen es nicht geschafft hätten, Projektskizzen einzureichen, obwohl sie es vorgehabt hätten.

Matthias Metje (BMWSB) erklärt, man habe über neun Wochen Zeit gegeben. Das Online-Antragsverfahren sei etwas später angelaufen, man habe aber auch ein Word-Dokument, in dem die einzelnen Antragsschritte aufgeführt gewesen seien, online gestellt, so dass sich die Kommunen hier über die Anforderungen, die online zu erfüllen seien, schon hätten informieren können. Das BMWSB wisse nur, wie viele Kommunen sich tatsächlich gemeldet hätten. Man sehe aus der hohen Anzahl der Interessenbekundungen, die eingegangen seien, dass offensichtlich die Zeit für viele ausreichend gewesen sei, um in dieser Zeit entsprechend viele Anträge zu stellen. Es gingen natürlich auch nur die Anträge ein, die auch tatsächlich gestellt worden seien. Ihm seien keine größeren Nachfragen oder Beschwerden von Kommunen bekannt. Man könne nur das sehen, was am Ende ankomme. Insofern könne er die Frage nicht beantworten.

Abg. **Andreas Bleck** (AfD) fährt fort, er habe noch Fragen zum digitalen Sportstättenatlas an Herrn Dr. Rülke. Man müsse darüber sprechen, wie dieser ständig aktualisiert werde, da er digital sei. Er fragt, wie dies realisiert werden solle und wer die Aktualisierung vornehme, ob dies die Betreiber der Sportstätten oder Behörden seien. Zum Zeitplan interessiere ihn, ob sicher sei, dass der Zeitplan bis Ende 2023 eingehalten werden könne. Sein Eindruck sei, dass alles sehr spät angelaufen sei. Der Projektstart sei erst Ende 2021 erfolgt.

Dr. Steffen Rülke (BMI) erklärt, er habe Recht, es sei ein sehr ambitioniertes Projekt. Er könne als Zwischenstand vermelden, dass man Stand Ende September in der Erprobungsphase sei und einen Abgleich mit dem Land Nordrhein-Westfalen vorgenommen und eine Sportstättenerfassung von bereits 85 Prozent habe. Er betont, es handele sich hierbei um die Erprobungsphase und nicht um den Livebetrieb. Dieser erfolge im Jahr 2023. Das BMI sei optimistisch, dass dieser Zeitplan auch eingehalten werden könne. Derzeit prüfe man mit den entsprechenden IT-Dienstleistern, wie man konkret Hosting und Betrieb umsetze. Vor dem Live-Gang sei dies zwingend erforderlich und man sei jetzt schon darüber im Kontakt mit den Kommunen und den Bundesländern vor Ort, um die Daten fortlau-

[redacted]

fend zu aktualisieren. Die Meldung der Daten erfolge von den Kommunen und den Ländern.

Der **Vorsitzende** erteilt das Wort der Fraktion der FDP.

Abg. **Bernd Reuther** (FDP) legt dar, er wolle noch einmal zum Thema Freiräume zurückkommen. Er könne sich erinnern, dass es in den 70er und 80er Jahren überall in Deutschland Trimm-Dich-Pfade gegeben habe, die gerade möglicherweise eine Renaissance erlebten. Er bitte Professor Kähler um Information, welche Trends und Möglichkeiten er sehe, Freiräume auch durch bauliche Maßnahme noch attraktiver zu gestalten.

Prof. Dr. Robin Kähler (IAKS Deutschland) betont, dass es sich hierbei um ein schwieriges Thema handle. Einerseits vertrete er auch die Interessen derjenigen, die bei IAKS Mitglieder seien und ihre Geräte aufstellten, auf der anderen Seite sei er der Auffassung, dass eine behutsame Freiraumentwicklung in der Kommune besser sei als, ähnlich wie in den 70er oder 80er Jahren, viele Geräte aufzustellen. Dies seien Trends, die auch wieder vergingen. Auch viele Trimm-Dich-Pfade seien hiervon betroffen gewesen. Wichtig sei die Frage, wer sie nutzen solle. Zu den aktuellen Calisthenic-Anlagen beispielsweise gingen hauptsächlich junge Männer. Man sehe hier keine Kinder, weniger Frauen und nie Ältere. Auch bei den Mehrgenerationsanlagen müsse man sehr aufpassen, wenn dort Ältere hingingen, die vorher nicht medizinisch untersucht worden seien und an Geräte gingen, deren Funktionalität ihnen fremd sei. Auch dies sei wohlgemeint, aber nicht immer gut. Wenn man so etwas plane, was sicherlich in der ein oder anderen Stadt vernünftig sei, sei es wichtig, mit den richtigen Fachleuten zu planen und dies nicht zu planen, weil man als Politiker irgendetwas tun müsse, um in die Presse zu kommen, sondern wirklich zu schauen, wie der Bedarf sei, wer die Anlagen nutzen könne. Die Schutzbedürfnisse seien unterschiedlich. Wichtig sei zu prüfen, wie die Anbindung sei, ob die Geräte sicher seien, wer sie pflege und wie hoch die Folgekosten seien. Diese Dinge sollte man viel mehr vorher prüfen, bevor man solche sinnvollen Dinge mache, so dass die nachhaltige Nutzung schon ein Teil der Planung sei und nicht, wie es bisher der Fall sei, dass man etwas baue und überrascht sei, wenn etwas passiere oder nichts passiere. Er plädiere dafür, keine Neuinvestitionen zu planen und die Städte mit Bewegungsräumen zuzubauen, sondern lieber die Stadt insgesamt bewegungsfreundlicher zu machen für die Menschen. Hiermit erreiche man sehr viel. Die Sicherung der Freiräume für vielfältige Bewegungsmöglichkeiten sei an sich das richtige Planungsprinzip.

Der **Vorsitzende** erteilt das Wort der Fraktion DIE LINKE.

Abg. **André Hahn** (DIE LINKE.) führt aus, Professor Kähler habe als Anlage zu seinem Schreiben auch ein gemeinsames Papier von IAKS, DOSB, Deutscher Städtetag und Deutscher Städte- und Gemeindebund mitgeschickt, in der unter anderem sieben Forderungen an die Politik enthalten seien. Eine sei der Goldene Plan Sportstätten, der aufgelegt werden solle. Darauf warte man immer noch. Seine Fraktion habe vorgeschlagen, eine Milliarde pro Jahr für zehn Jahre aufzuwenden. Dies sei ein größerer Wurf. Fragen wolle er aber zu der Forderung 6, Sport rechtlich absichern. Dort spreche er an, die Rahmenbedingungen emissionsrechtlicher Art an die neuen Lebensqualitäten und -realitäten anzupassen und er wolle die Sportanlagen-Lärmschutzverordnung ändern und ein Kinderlärmprivileg hinzufügen. Er bittet um Auskunft, wie dies passieren solle und was konkret damit gemeint sei.

Prof. Dr. Robin Kähler (IAKS Deutschland) erklärt, es gehe um ein ganz praktisches Problem. Man kenne aus der eigenen Lebenspraxis, dass die Klagefreudigkeit vieler Menschen, wenn subjektiv erlebter Lärm herrsche, sehr hoch sei und Bewegung im öffentlichen Raum schaffe auf jeden Fall einen gewissen Lärm, durch Kinder ganz besonders. Es sei eine Grundsatzentscheidung, ob man wolle, dass Kinder sich gesund entwickelten und ob sich bewegt werde. Dann müsse man auch so den rechtlichen Rahmen setzen, dass nicht das Kinderspiel weggeklagt werden könne, dass Sportstätten geschlossen werden müssten oder zu Zeiten eingeschränkt werden müssten, in denen keine Kinder und keine Übungsleiter mehr vor Ort seien. Dies sei das Problem. Man müsse mehr mit Augenmaß an die Lebenspraxis ausgerichtete rechtliche Rahmen schaffen, um den Sport auch rechtlich zu ermöglichen und nicht um ihn dann nachher wieder einzuschränken. Dann sei auch das gute Bemühen der Politik unwirksam. Dem Deutschen Städte- und Gemeindebund liege dies auch sehr am Herzen, weil dort die Probleme täglich aufträten. Herr

[redacted]

Lübking sei dort der sichere Ansprechpartner.

Abg. **André Hahn** (DIE LINKE.) fragt, was er sich von einem Sachverständigenrat verspreche, den er auch vorschlage. Er fragt weiter, ob man dann nicht noch ein weiteres Gremium und noch mehr Kompetenzgerangel habe und was seine Hoffnung sei, die er damit verbinde.

Prof. Dr. Robin Kähler (IAKS Deutschland) betont, dies liege ihm sehr am Herzen. Man sei in einem enormen Wandel der Gesellschaft und damit im Wandel des Sportes. Auch die Fragen, die man heute diskutiere, seien im Grunde alles Fragen, die aus einer völlig neuen Entwicklung des Sportes, auch der Lebenshaltung, der Lebenskonzepte, der Berufsentwicklung entstünden und deswegen völlig neu gesehen werden müssten. Hier müssten kluge Entscheidungen getroffen werden. Die Beratung der Politik, um dadurch Entscheidungen auf neutraler, sicherer Grundlage zu treffen, finde man sehr wichtig. Daher plädiere er dafür, ein Gremium zu schaffen, das es jedes Jahr oder alle zwei Jahre einen Bericht über die Lage des Sports oder der Sportstätten gebe, so dass man dort eine gesicherte Grundlage habe. Es gebe viele Beiräte in anderen Ministerien. Er glaube, man habe als Querschnittfach von so gesellschaftlicher Bedeutung auch das Recht, hier einen Beirat zu fordern.

PStS **Mahmut Özdemir** (BMI) ergänzt, in Bezug auf den Sportstättenatlas sei parallel noch ein Forschungsprojekt angelaufen, es handele sich um das Schätzverfahren zu deutschen Sportstätten. Dies untersuche parallel zum Sportstättenatlas, inwieweit es Entscheidungshilfe sein könne, um beispielsweise förderpolitische Entscheidungen von Bund, Land und Kommunen dafür zu nutzen bzw. diese auch ein Stück weit zu beeinflussen. Dafür werde untersucht, welche Daten verfügbar seien und welche Daten man brauche, um valide Einschätzungen treffen zu können, welcher bauliche Zustand, welche Anzahl, welche Qualität einzelner Sportstätten vor Ort vorhanden seien. Es handele sich um ein zweistufiges Verfahren.

Der **Vorsitzende** erklärt, man sei am Ende dieses Tagesordnungspunktes angelangt. Er bedankt sich herzlich bei den Sachverständen, schließt Tagesordnungspunkt 1 und ruft Tagesordnungspunkt 2 auf. Er weist darauf hin, dass die Sitzung nunmehr nichtöffentlich fortgesetzt werde und bittet alle nicht Teilnahmeberechtigten, den Saal und Webex nun zu verlassen.

[redacted]

IAKS International Association for Sports and Leisure Facilities

IAKS Deutschland | Eupener Str. 70 | 50933 Köln

An den Vorsitzenden des Sportausschusses
im Deutschen Bundestag
Frank Ullrich
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Deutscher Bundestag
Sportausschuss

Ausschussdrucksache
20(5)113

Kontakt	Telefon	E-Mail	Datum
Prof. Dr. Robin Kähler	0171 6872915	kaehler.deutschland@iaks.sport	06.10.2022

Sitzung des Sportausschusses am 12. Oktober 2022
zum Thema „Sportstätteninfrastruktur – Status quo, Perspektiven und Förderung“

Vorbemerkung zur IAKS Deutschland e.V.

Die Internationale Vereinigung für Sport- und Freizeiteinrichtungen, **IAKS Deutschland e.V.**, ist der einzige überparteiliche, neutrale, deutsche Verband von Mitgliedern aus der Wirtschaft, den Kommunen, der Architektur, der Hochschulen und anderen Einrichtungen, der die Planung, den Bau, den Betrieb, die Nutzung und Weiterentwicklung von Sportstätten, -räumen und Freizeitanlagen zum Ziel hat. Die IAKS ist eine weltweite Vereinigung und beim IOC akkreditiert. Sie berät staatliche Institutionen und vertritt die Interessen ihrer Mitglieder politisch.
Gemeinsam mit dem DOSB, Deutschen Städtetag, Deutschen Städte- und Gemeindebund und dem Bundesinstitut für Sportwissenschaften veranstaltet die IAKS Deutschland den **„Deutschen Sportstättentag“**. Bei dieser Veranstaltung werden sportpolitische Fragen zur Sportinfrastruktur aufgegriffen. Die IAKS Deutschland ist in relevanten Gremien der Sportstätten vertreten und berät die Politik (s. Anlage).

1. Status quo der Sportstätten:

In Deutschland gibt es rund 230.000 Sportanlagen (darunter 66.000 ungedeckte Anlagen, 36.000 Sporthallen, 15.000 Schießsportanlagen, 13.000 Tennisanlagen und 9.336 Bäder) und 370.000km Sportstätten in Linienform (Loipen, Laufstrecken, Reitwege, Fahrradwege etc.). Diese befinden sich überwiegend in kommunaler Trägerschaft.
Der erhebliche Sanierungs- und Modernisierungsbedarf der kommunalen Sportstätten wurde in den letzten Jahren mehrfach, auch von der IAKS Deutschland, beklagt. Der überwiegende Teil der kommunalen, insbesondere älteren Anlagen entspricht nicht mehr den Bedürfnissen der Schulen und modernen Sportangeboten, da sich die Bildungspläne und das Sportverhalten der Menschen grundlegend geändert haben.

2. Perspektiven

Das Ziel der Sportstättenentwicklung aus Sicht der IAKS Deutschland ist, allen Menschen in der Bundesrepublik Deutschland die Möglichkeit zu eröffnen, sich durch Sport und Bewegung gesund zu erhalten und vielfältige Sport- und Bewegungserfahrungen mit sich und in der Gemeinschaft mit Anderen sammeln zu können. Hierfür braucht es einladende und funktionale Sportstätten und Bewegungsräume. Diese stehen derzeit nicht in der erforderlichen Qualität zur Verfügung.

Bezogen auf den Lebenszyklus einer Sportanlage (von der Bedarfsermittlung und der Planung, über den Bau und Betrieb bis zum Umbau, Rückbau und Recycling) ergeben sich folgende
Empfehlungen für eine zukunftsgerichtete Sportstätteninfrastruktur:

- Der Bund setzt den gesetzlichen Rahmen für klimaneutrale Sportstätten in den Bereichen Planung, Bau, Betrieb, Nutzung und Verwertung.
- Das Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen unterstützt in Fragen der Sportinfrastruktur, um langfristig dekarbonisierte und klimaneutrale Sportstätten bereitzustellen.
- Die Entwicklung der schulischen Sportstätten sollte sich an dem Bildungsauftrag der Länder für den Schulsport ausrichten.
- Sportstätten und -räume sollten zukünftig vermehrt als vieldeutige, wohnortnahe und öffentliche Sport- und Bewegungsräume geplant werden. Davon ausgenommen sind die spezialisierten, normgerechten Wettkampfsportstätten für bestimmte Sportarten und Sportorganisationen.
- Die Bundespolitik sollte den Sport und die Bewegung als politisches Querschnittsthema noch mehr unter dem Blickpunkt von gesellschaftlicher Teilhabe, Vielfalt der Menschen, Gesundheit und Bildung in den Mittelpunkt ihrer Politik stellen.

3. Förderung

Neben einer Vielzahl indirekter Förderungsinstrumente, existieren derzeit zwei Förderprogramme, die explizit auf öffentliche Sport- und Bewegungsräume ausgerichtet sind:

Sanierung kommunaler Einrichtungen aus den Bereichen Sport, Jugend und Kultur
Mit dem diesjährigen Projektaufruf 2022 liegt der Fokus auf der energetischen Sanierung bzw. Anpassung an den Klimawandel von Sportstätten. Die Fördersumme wurde aufgestockt (476 Millionen Euro erstmalig aus dem Wirtschaftsplan des Klima- und Transformationsfonds)

Stellungnahme der IAKS Deutschland hierzu:

- Der Förderansatz zur energetischen Sanierung und ggf. Dekarbonisierung ist richtig.
- Die Antragsfristen sind zu knapp (Für viele kleinere Kommunen mit wenig Personal sind die Fristen kaum einzuhalten, diese haben hierdurch keine Chance auf eine Förderung).
- Sportfreianlagen werden nicht berücksichtigt.
- Eissportanlagen werden nicht berücksichtig. Als energieintensive Anlagen müssen auch diese Eissportanlagen förderfähig sein.

IAKS Deutschland e.V.
Eupener Straße 70, 50933 Köln, Deutschland
Gemeinnütziger Verein, Amtsgericht Köln, VR-Nr.: 6897
Vorstand § 26 BGB:
Vorsitzender: Prof. Dr. Robin Kähler
Stellvertretende Vorsitzende: Marc Riemann, Miriam Möller-Boldt,
Prof. Dr. Christian Kuhn, Rolf Haas

Telefon: +49 221 1680 2319, Fax: +49 221 1680 2323
E-Mail: deutschland@iaks.sport, Internet: www.deutschland.iaks.sport
Bankverbindung: IAKS Deutschland e.V.,
IBAN: DE96 3705 0198 1900 5190 08
SWIFT/BIC: COLSDE33, Sparkasse KölnBonn
USt-ID: DE261678206

Investitionspakt Sportstätten

Das Förderprogramm „Investitionspakt Sportstätten" läuft zum Ende des Jahres 2022 aus, obwohl vom Bund Fördersummen für die Jahre 2023 und 2024 bereits beziffert in Aussicht gestellt worden waren (110 Millionen Euro für 2023 und 150 Millionen Euro für 2024).

Stellungnahme der IAKS Deutschland hierzu:

- Das Ende des Förderprogramms ist ein kontraproduktives Signal für die Zukunft der Sportstätteninfrastruktur.
- Durch das Programm konnten in kurzer Zeit, viele wichtige Projekte umgesetzt werden.
- Das Programm wurde von Seiten der Kommunen wegen hoher Förderquoten positiv wahrgenommen.
- Konzeption und Umsetzung des Programms wurden von vielen Kommunen bemängelt, aus Sicht des Sports wurden auch Projekte am Bedarf vorbei gefördert.

Empfehlungen für zukünftige Förderungen aus Sicht der IAKS Deutschland:

- Konzepte für den Betrieb und ggf. Energiemonitoring von Sportanlagen sollten Voraussetzung für eine Förderung sein. Im Lebenszyklus entstehen im Betrieb meist deutlich höhere Kosten als die reine Investitionssumme beim Bau. Deshalb sollte bei geförderten Projekten sichergestellt werden, dass ein nachhaltiger und ressourcenschonender Betrieb umgesetzt wird.
- Kumulierungsbeschränkungen, die die Förderung aus verschiedenen Programmen ausschließen, sollten überdacht werden. Viele Kommunen können Projekte nur dann realisieren, wenn aus verschiedenen Töpfen ein entsprechender Anteil gesichert ist und der Eigenanteil der jeweiligen Kommune gering bleibt.
- Sportentwicklungsplanungen sollten die Bedarfe in der jeweiligen Kommune ermitteln und flächendeckend durchgeführt werden, um eine gezielte und nachhaltige Förderung zu gewährleisten.
- Es sollte grundsätzlich Förderprinzipien überdacht werden: Weg von kurzfristig angelegten Programmen mit viel Bürokratie und strengen Fristen, hin zu langfristig angelegten Förderinstrumenten, die den Kommunen, Vereinen und Betreibern Planungssicherheit geben.
- Förderungen

Stellungnahme zu aktuellen sportpolitischen Themen aus Sicht der IAKS Deutschland:

- Die aktuellen Entlastungspakete vor dem Hintergrund der Energiekrise fördern verschiedene Bereiche des öffentlichen Lebens. Sport wurde in der aktuellen Diskussion um Entlastungen bisher nicht explizit berücksichtigt. Es braucht auch Entlastung für Betreiber*innen von Sportanlagen, die durch eine drohende Energiekrise in existenzielle Bedrängnis kommen. Eine Schließung von öffentlichen Sport- und Bewegungsräumen muss verhindert werden. Insbesondere Bäder benötigen langfristig Planungssicherheit und stehen vor Herausforderungen auf dem Weg zu Klimaneutralität und Nachhaltigkeit. Wir verweisen hier auf die Veröffentlichungen der Bäderallianz Deutschland.
- Auf dem geplanten Bewegungsgipfel muss auch die Sportinfrastruktur thematisiert werden. Nur mit bedarfsgerechten und ansprechenden Sportanlagen und Bewegungsräumen lassen sich erfolgreiche Sportangebote verwirklichen.
- Die interministerielle Zusammenarbeit bei den Themen Sport, Bewegung und Gesundheit sollte ausgeweitet werden.

IAKS Deutschland e.V.
Eupener Straße 70, 50933 Köln, Deutschland

Gemeinnütziger Verein, Amtsgericht Köln, VR-Nr.: 6897

Vorstand § 26 BGB:
Vorsitzender: Prof. Dr. Robin Kähler
Stellvertretende Vorsitzende: Marc Riemann, Miriam Möller-Boldt,
Prof. Dr. Christian Kuhn, Rolf Haas

Telefon: +49 221 1680 2319, Fax: +49 221 1680 2323
E-Mail: deutschland@iaks.sport, Internet: www.deutschland.iaks.sport

Bankverbindung: IAKS Deutschland e.V.,
IBAN: DE96 3705 0198 1900 5190 08
SWIFT/BIC: COLSDE33, Sparkasse KölnBonn

USt-ID: DE261678206

Quellen

Bundesinstitut für Sportwissenschaft (2017). *Nachhaltige Sportfreianlagen - Ansätze zur Umsetzung der nachhaltigen Entwicklung auf Sportfreianlagen*. Bonn

Bundesinstitut für Sportwissenschaft (2017). *Leitfaden Nachhaltiger Sportstättenbau*. Bonn

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) (2012). *Die wirtschaftliche Bedeutung des Sportstättenbaus*. Berlin

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) (2014). *Sportstätten im demographischen Wandel*. Berlin

KfW Bankengruppe (2022). *KfW Kommunalpanel 2022*. Frankfurt am Main

Prof. Dr. Robin Kähler
Vorsitzender

IAKS Deutschland e.V.
Eupener Straße 70
50933 Köln

Telefon: + 49 221 168023 19
Mail: kaehler.deutschland@iaks.sport
Web: www.deutschland.iaks.sport

Anlage: "Zukunft der Sportstätten in Deutschland"

Zukunft der Sportstätten in Deutschland

12.11.2021

Gemeinsame Stellungnahme von Deutscher Olympischer Sportbund, IAKS Deutschland, Deutscher Städte- und Gemeindebund, Deutscher Städtetag und den Teilnehmenden des 1. Deutschen Sportstättentages

1. Bedeutung der Sportstätten für die Menschen und die Gesellschaft

Sportstätten gehören zur unverzichtbaren Daseinsvorsorge der Menschen. Sie sind gebaute Einladungen für Sport- und Bewegungsaktivitäten für Menschen, Lebensfreude zu erleben und sich zu begegnen und gesund zu erhalten. Die positiven Wirkungen des Sporttreibens für alle Menschen können aber nur erzielt werden, wenn sich die Sportstätten in einem sanierten, modernen, nachhaltigen und barrierefreien Zustand befinden und ausreichend bedarfsorientierte Sporträume für alle Menschen vorhanden sind.

2. Herausforderungen für die Sportstättenentwicklung in Deutschland

Die Sportstättenentwicklung in unserem Land steht vor erheblichen Herausforderungen. Diese sind: der erhebliche Sanierungs- und Modernisierungsstau, das derzeit geringe klimaneutrale und ressourcenschonende Bauen, Betreiben und Nutzen von Sportanlagen, die eingeschränkte Zugänglichkeit für bestimmte Bevölkerungsgruppen, das Versorgungsgefälle innerhalb von Städten sowie zwischen Stadt und Land und die begrenzten Finanzierungsmöglichkeiten.

3. Forderungen an die Politik

Um die genannten Herausforderungen erfolgreich bewältigen zu können, stellen wir gemeinsam folgende zentrale Forderungen an die Politik in Bund, Ländern und Kommunen:

- *Sportstätten nachhaltig entwickeln*

Bund, Länder, Gemeinden sowie Sportverbände und -vereine richten zukünftig ihre Sportstätten an Nachhaltigkeitskriterien unter gleichzeitiger Berücksichtigung von ökologischen, sozialen und ökonomischen Aspekten aus. Aufgrund ihrer globalen Bedeutung finden dabei der Klimaschutz und der Erhalt der biologischen Vielfalt besondere Beachtung. Das Bundesinstitut für Sportwissenschaft erarbeitet hierfür gemeinsam mit den oben genannten vier Institutionen Nachhaltigkeitskriterien für das Bauen, Betreiben und Nutzen von Sportstätten. Die Sportstätten werden in andere Bundesförderprogramme, die für nachhaltiges Bauen aufgelegt werden, als förderungsfähig mit aufgenommen.

- *„Goldenen Plan“ Sportstätten auflegen*

Neben den Förderprogrammen der Länder muss ein auskömmliches und langfristig angelegtes Sportstätteninvestitionsprogramm des Bundes aufgelegt werden, das sowohl die Sanierung, die Modernisierung als auch im begründeten Bedarfsfall den Neubau von nachhaltigen, barrierefreien und bedarfsgerechten Sportstätten der Kommunen und der Sportvereine ermöglicht. Der Zugang zu Fördermitteln sollte vereinfacht werden.

- *Sportraumkonzeption modern ausrichten*

Die Sportstättenförderung des Bundes, der Länder und Kommunen muss sich an einer modernen und zukunftsfähigen Sportraumkonzeption orientieren, die neben der zentralen Weiterentwicklung klassischer Sportstätten auch eine sportfreundliche, bewegungsaktivierende, barrierefreie und nachhaltige kommunale Sport- und Bewegungsrauminfrastruktur für alle Bevölkerungsgruppen im Blick hat.

- *Zusammenarbeit der Akteure verbessern*

Die Koordinierung der bestehenden Sportstättenförderprogramme von Bund und Ländern muss zwingend verbessert und die Expertisen des organisierten Sports, der Kommunen und der IAKS Deutschland integriert werden.

- *Integrierte Sportentwicklungsplanung durchführen*

Die Sportentwicklungsplanung ist eine zentrale Aufgabe der Kommunen. Sie sollte im Rahmen einer integrierten Sportentwicklungsplanung unter Beteiligung aller Bevölkerungsgruppen erfolgen. Die Planung von Sportstätten und Sporträumen sowie deren Förderung mit Bundes-, Landes- und kommunalen Mitteln müssen sich zukünftig an den Bedürfnissen der Menschen orientieren.

- *Sport rechtlich absichern*

Neben der finanziellen Förderung gehört zu einer zeitgemäßen Sportraumversorgung auch die Anpassung immissionsrechtlicher Rahmenbedingungen an neue Lebensrealitäten. Es wird eine Reform der Sportanlagenlärmschutzverordnung (SALVO) gefordert, die die Sportausübung in Städten langfristig absichert. Hierbei muss insbesondere eine der Kinderlärmprivilegierung entsprechende Regelung für Sportanlagen/Bolzplätze getroffen werden.

- *Sachverständigenrat bei der Bundesregierung einrichten*

Bei der Bundesregierung soll dringend ein Sachverständigenrat für das Thema „Sportstätten und -räume“ eingerichtet werden, der in regelmäßigen Abständen einen Sachstandsbericht über die Situation und Weiterentwicklung der Sportstätten und -räume in Deutschland vorlegt und dem Bundestag bei sportfachlichen Fragen beratend zur Seite steht. Der Sachverständigenrat sollte eine enge Zusammenarbeit und Abstimmung mit den Expert*innen und Institutionen aus Politik, Verwaltung, dem Sport und der Wissenschaft garantieren, die sich mit Sportstätten und -räumen befassen.